

3° in het eerste lid, 3°, worden de woorden "50.000 euro overschrijden" vervangen door de woorden "het bedrag vermeld in 1° overschrijden";

4° in het eerste lid, 4°, worden de woorden "150.000 euro overschrijden" vervangen door de woorden "het bedrag vermeld in 2° overschrijden";

5° het artikel wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende:

"De bedragen vastgelegd in het eerste lid dekken de volledige uitgaven, btw niet inbegrepen."

**Art. 2.** - Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

**Art. 3.** - De ministers zijn, ieder wat hem of haar betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 21 februari 2017.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,

O. PAASCH

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme,

I. WEYKMANS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

A. ANTONIADIS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,

H. MOLLERS

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2017/201470]

### 21. FEBRUAR 2017 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 69, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 51, abgeändert durch die Gesetze vom 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 15. Februar 2017;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal, den Haushalt und die Finanzen;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - In Artikel 2 Absatz 3 des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird zwischen den Wörtern "Fachbereichsleiters" und "werden" die Wortfolge "oder eines Leiters eines in Artikel 38 aufgeführten Dienstes mit getrennter Geschäftsführung" eingefügt.

**Art. 2** - In denselben Erlass wird folgender Artikel 8.1 eingefügt:

*"Artikel 8.1 - Namentlich im Ausgabenhaushalt aufgeführte Dotationen*

Der Generalsekretär wird als für die Mittelbindung, die Feststellung der Ausgaben und die Zahlungsanweisung gemäß Artikel 24 § 2 bis 5 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugter bestellt für alle Dotationen an Dienste mit getrennter Geschäftsführung und Einrichtungen öffentlichen Interesses, die namentlich im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgeführt werden."

**Art. 3** - Artikel 9 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 27. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. in Paragraf 1 Absatz 1 Nummer 3 wird der Betrag "5.000 EUR" durch den Betrag "10.000 EUR" ersetzt;

2. in Paragraf 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "einen Einkäufer" durch die Wortfolge "einen oder mehrere Einkäufer" ersetzt;

3. in Paragraf 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "Der Einkäufer des Ministeriums wird" durch die Wortfolge "Der oder die Einkäufer des Ministeriums werden" ersetzt.

**Art. 4** - Artikel 13 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. folgende Nummer 27.1 wird eingefügt:

"27.1 die Entscheidung über die angepasste Arbeitszeit infolge eines Elternurlaubs gemäß Artikel 136.2 Absatz 2 desselben Erlasses;"

2. in Nummer 36 wird die Wortfolge "Absatz 1" gestrichen;

3. in Nummer 37 wird die Wortfolge "Artikel 173" durch die Wortfolge "Artikel 173 Absatz 2" ersetzt;

4. folgende Nummer 42.1 wird eingefügt:

"42.1. die Zusammensetzung der Jury gemäß Artikel 2 § 2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses;"

5. in Nummer 43 wird die Wortfolge "des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses." durch die Wortfolge "desselben Erlasses;" ersetzt;

6. folgende Nummern 44 und 45 werden eingefügt:

"44. die Bestellung der Teamleiter in den Diensten mit getrennter Geschäftsführung gemäß Artikel 7 desselben Erlasses;

45. das Zuordnen einer Gehaltstabelle bei der Einstellung von Experten gemäß Artikel 9.3 desselben Erlasses."

**Art. 5** - In Artikel 17 desselben Erlasses wird der Betrag "5.000 EUR" durch den Betrag "10.000 EUR" ersetzt.

**Art. 6** - In Artikel 20 desselben Erlasses werden folgende Paragraphen 7 und 8 eingefügt:

" § 7 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der Zuschüsse für die Teilnahme an Weiterbildungen im Bereich Volks- und Erwachsenenbildung gegebenenfalls in Ausführung der diesbezüglichen Vorschriften."

§ 8 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe von Zuschüssen zur Weiterbildungsförderung."

**Art. 7** - Artikel 21 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Paragraph 2 wird die Wortfolge "über die Beschäftigungs- und Arbeitserlaubnisse" durch die Wortfolge "sowohl über die Vollständigkeit der Anträge auf eine Beschäftigungs-, Arbeits- und kombinierte Erlaubnis als auch über die eigentlichen Anträge" ersetzt;

2. folgender Paragraph 3 wird eingefügt:

" § 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Gesetzes vom 19. Februar 1965 über die Ausübung seitens Ausländer von Berufstätigkeiten als Selbständige, über Anträge auf Erhalt, Verlängerung oder Erneuerung sowie über den Entzug der Berufskarte zu befinden mit Ausnahme der dort vorgesehenen Einspruchsmöglichkeiten."

**Art. 8** - Artikel 22 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in der Überschrift wird das Wort ", Familie" gestrichen;

2. Paragraph 1 wird aufgehoben;

3. Paragraph 2 wird wie folgt ersetzt:

" § 2 - Dem für den Fachbereich Gesundheit und Senioren zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 7 des Dekretes vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe vorgesehenen Diplomabweichungen zu befinden."

4. Paragraph 3 wird aufgehoben;

5. in Paragraph 4 wird zwischen den Wortfolgen "Pflegestrukturen für Senioren" und "und über psychiatrische Pflegeeinrichtungen" die Wortfolge ", die Seniorenresidenzen" eingefügt;

6. folgender Paragraph 5 wird eingefügt:

" § 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über den in Artikel 29 des Königlichen Erlasses vom 22. Mai 2003 über das Verfahren zur Behandlung der Akten in Sachen Beihilfen für Personen mit Behinderung erwähnten Verzicht auf Rückforderung unrechtmäßig ausgezahlter Beihilfen zu befinden."

**Art. 9** - Artikel 25 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Paragraph 1 Nummer 1 wird die Wortfolge ", die ihren Sitz außerhalb des deutschen Sprachgebietes haben," gestrichen;

2. in Paragraph 1 Nummer 2 wird zwischen den Wortfolgen "Artikel 21" und "des Dekretes" die Wortfolge " § 2" eingefügt;

3. in Paragraph 2 Nummer 1 wird zwischen den Wortfolgen "Artikel 23" und "des Erlasses" die Wortfolge "Absatz 2" eingefügt.

**Art. 10** - Artikel 26 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. die Überschrift des Artikels wird wie folgt ersetzt:

"Fachbereich Kultur und Jugend"

2. in Paragraph 1 wird die Wortfolge "Kultur, Jugend und Erwachsenenbildung" durch die Wortfolge "Kultur und Jugend" ersetzt und die Wortfolge "sowie für Auslandsfahrten der eingestufteten Amateurmusikvereinigungen und Kammermusikensembles gegebenenfalls in Ausführung der diesbezüglichen Vorschriften" durch die Wortfolge "sowie für Auftrittsfahrten der Amateurmusikvereinigungen in Ausführung der Artikel 52, 58, 64 und 71 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt;

3. in Paragraph 2 wird die Wortfolge "in Ausführung des Erlasses der Exekutive vom 6. Juli 1992 zur Ausführung des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, Kreativen Ateliers, Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen und Jugendzentren" durch die Wortfolge "in Ausführung von Artikel 2 des Erlasses der Exekutive vom 6. Juli 1992 zur Ausführung des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Kreativen Ateliers" ersetzt;

4. in Paragraph 3 wird nach dem Wort "Ferienlager" die Wortfolge "in Ausführung der Artikel 13 und 14 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit" eingefügt;

5. in Paragraph 4 wird die Wortfolge "im Bereich Volks- und Erwachsenenbildung sowie im Bereich Jugend gegebenenfalls in Ausführung der diesbezüglichen Vorschriften" durch die Wortfolge "im Bereich Jugend in Ausführung von Kapitel 3 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit" ersetzt;

6. folgende Paragraphen 5 bis 8 werden eingefügt:

" § 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt im Rahmen der vom zuständigen Minister festgelegten Anzahl über die Annehmbarkeit zur Bezuschussung und die annehmbaren Dienstjahre der von den Organisationen vorgeschlagenen Personalmitglieder zu befinden in Ausführung von Artikel 4 des Erlasses der Regierung vom 15. März 2012 zur Ausführung des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit.

§ 6 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Vollständigkeit von Anträgen auf Denkmalgenehmigung zu befinden in Ausführung von Artikel 13 § 3 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen.

§ 7 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Aufnahme in das Verzeichnis für Kleindenkmäler und andere bedeutende Gebäude in Ausführung von Artikel 20 § 2 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen.

§ 8 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Genehmigung von Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten, die in das Verzeichnis der archäologischen Stätten aufgenommen sind, in Ausführung von Artikel 25.1 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen."

**Art. 11** - In Artikel 28 desselben Erlasses wird folgender Paragraph 1.1 eingefügt:

" § 1.1 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über den in Artikel 9 § 1 Absatz 2 Nummer 3 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen angeführten besonderen pädagogischen oder sozialen Härtefall zu befinden."

**Art. 12** - Artikel 29 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

*"Artikel 29 - Fachbereich Familie und Soziales*

§ 1 - Dem für den Fachbereich Familie und Soziales zuständigen Fachbereichsleiter wird Vollmacht erteilt zur Unterzeichnung der für die Steuerverwaltung bestimmten Bescheinigung in Anwendung von Artikel 145/35 Absatz 2 Nummer 3 des Einkommenssteuergesetzbuches 1992 zur Absetzbarkeit der Betreuungskosten von Kindern unter 12 Jahren.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Diplomabweichungen, die in den Artikeln 62 § 3, 88 § 5 und 7, 115 § 2, 157, 157.1 und 180 § 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung vorgesehen sind, zu befinden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Verringerung der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten, die in den Artikeln 84, 85 § 2 und 98 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung vorgesehen sind, zu befinden.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Gewährung eines zusätzlichen Zuschusses für die Betreuung von Kindern mit einer Behinderung oder mit einem besonderem Pflegebedarf, die in den Artikeln 73 § 2, 93 § 1, 107 und 119 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und in Artikel 31 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter vorgesehen sind, zu befinden.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über eine Ausnahmegenehmigung zur Höchstaltersgrenze der in der Kinderbetreuung tätigen Personen, die in Artikel 178 § 3 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und in Artikel 8 § 2 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter vorgesehen ist, zu befinden.

§ 6 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über eine Ausnahmegenehmigung zur Höchstanzahl der Betreuungstage in den Kinderhorten, die in Artikel 177 § 2 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung vorgesehen ist, zu befinden.

§ 7 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über eine Ausnahmegenehmigung zur Ausdehnung der Höchstanzahl Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, und zur Ausdehnung des Betreuungskapitals, die in den Artikeln 19 § 2, 20 § 2 und 50 § 3 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter vorgesehen sind, zu befinden.

§ 8 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Anerkennung der in den Artikeln 34 § 1, 38 und 53 § 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter erwähnten selbstständigen Tagesmütter/-väter zu befinden.

§ 9 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe des gemäß Artikel 14 § 1 des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und Öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft berechneten Betrags der Sozialhilfedotation.

§ 10 - Derselbe Fachbereichsleiter wird gemäß Artikel 108 Absatz 2 und 112 Absatz 2 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die Öffentlichen Sozialhilfezentren dazu ermächtigt, die Korrespondenz in Bezug auf die Überprüfung der Beschlüsse, Akten- und Informationsanfragen, Erinnerungsschreiben sowie Übermittlungsschreiben im Namen des für die Öffentlichen Sozialhilfezentren zuständigen Ministers zu unterzeichnen.

§ 11 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt zur Bestätigung der Gesetzeskonformität der in Anwendung von Artikel 111bis des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die Öffentlichen Sozialhilfezentren im Rahmen der Übersichtsliste übermittelten Beschlüsse und der in Anwendung von Artikel 112 angeforderten Beschlüsse.

§ 12 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der in Artikel 2.1 des Erlasses der Regierung vom 4. August 2005 über den Entschuldungsfonds erwähnten Darlehens.

§ 13 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die im Rahmen von Artikel 5 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich vorgesehenen Diplomabweichungen zu befinden."

**Art. 13** - Artikel 30 desselben Erlasses wird aufgehoben.

**Art. 14** - In Artikel 34 § 1 desselben Erlasses wird die Wortfolge „, Artikel 101 Absatz 1 Nummer 1, Artikel 102 Absatz 1 Nummer 1, Artikel 108 Nummer 1 Artikel 109 Nummer 1“ gestrichen.

**Art. 15** - Artikel 37 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Nummer 1 wird aufgehoben;
2. in § 1 Nummer 2 wird wie Wortfolge „, g) und k)“ durch die Wortfolge „und g)“ ersetzt;
3. in § 1 Nummer 4 wird wie Wortfolge „, l) und n)“ durch die Wortfolge „und l)“ ersetzt;
4. in § 1 Nummer 5 wird wie Wortfolge „, g) und k)“ durch die Wortfolge „und g)“ ersetzt;
5. in § 1 Nummer 12 wird am Ende des Satzes die Wortfolge „sowie deren Kündigung gemäß Artikel 8 § 1 desselben Erlasses“ eingefügt;
6. in § 1 wird folgende Nummer 12.1 eingefügt:  
„12.1. den in Artikel 5 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003 angeführten Urlaub;“
7. § 4 Nummer 2 wird aufgehoben;
8. in § 4 Nummer 11 wird am Ende des Satzes die Wortfolge „sowie deren Kündigung gemäß Artikel 8 § 1 desselben Erlasses“ eingefügt;
9. in § 4 wird folgende Nummer 14.1 eingefügt:  
„14.1. die in Artikel 5.48 § 1 Absatz 2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule angeführte Genehmigung;“
10. in § 4 Nummer 15 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;
11. in § 4 werden folgende Nummern 16 und 17 eingefügt:  
„16. die in Artikel 22 Absatz 6 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung angeführte Genehmigung;  
17. die in Artikel 6.47 Absatz 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen angeführte Genehmigung.“
12. in § 5 Nummer 7 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;
13. in § 5 werden folgende Nummern 8 und 9 eingefügt:  
„8. die in Artikel 22 Absatz 6 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung angeführte Genehmigung;  
9. die in Artikel 6.54 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen angeführte Genehmigung.“

**Art. 16** - In Artikel 43 desselben Erlasses wird der Betrag „25.000 EUR“ durch den Betrag „30.000 EUR“ ersetzt.

**Art. 17** - In Artikel 44 Absatz 1 desselben Erlasses wird das Wort „zwölf“ durch das Wort „neun“ ersetzt.

**Art. 18** - In Artikel 44.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 27. Juni 2013, wird der Betrag „50.000 EUR“ durch den Betrag „30.000 EUR“ ersetzt.

**Art. 19** - Der vorliegende Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 4, der mit Wirkung vom 1. Januar 2017 in Kraft tritt.

**Art. 20** - Die Minister sind, jeder in seinem Zuständigkeitsbereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 21. Februar 2017

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

I. WEYKMANS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

A. ANTONIADIS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

H. MOLLERS

## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2017/201470]

**21 FEVRIER 2017. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 69, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 51, modifié par les lois des 16 juillet 1993 et 6 janvier 2014;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 15 février 2017;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel, de Budget et de Finances;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>** - Dans l'article 2, alinéa 3, de l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, les mots « ou au directeur d'un service à gestion séparée mentionné à l'article 38 » sont insérés entre les mots « chef de département » et « sont ».

**Art. 2** - Dans le même arrêté, il est inséré un article 8.1, rédigé comme suit :

« Article 8.1 - Dotations reprises nommément dans le budget des dépenses

En ce qui concerne les engagements budgétaires, la liquidation des dépenses et l'ordonnancement des paiements conformément à l'article 24, § 2 à 5, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le secrétaire général est désigné comme ordonnateur délégué pour toutes les dotations aux services à gestion séparée et aux organismes d'intérêt public qui sont repris nommément dans le budget des dépenses de la Communauté germanophone. »

**Art. 3** - À l'article 9 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, le montant « 5.000 euros » est remplacé par le montant « 10.000 euros »;

2° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « un acheteur » sont remplacés par les mots « un ou plusieurs acheteurs »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « L'acheteur du Ministère » sont remplacés par les mots « Le ou les acheteurs du Ministère ».

**Art. 4** - À l'article 13 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un 27.1 rédigé comme suit :

« 27.1 la décision relative au temps de travail adapté à la suite d'un congé parental conformément à l'article 136.2, alinéa 2, du même arrêté; »

2° dans le 36°, les mots « alinéa 1<sup>er</sup> » sont abrogés;

3° dans le 37°, les mots « à l'article 173 » sont remplacés par les mots « à l'article 173, alinéa 2 »;

4° il est inséré un 42.1 rédigé comme suit :

« 42.1 la composition du jury, conformément à l'article 2, § 2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public; »;

5° dans le 43°, les mots « de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public. » sont remplacés par les mots « du même arrêté; »

6° l'article est complété par les 44° et 45° rédigés comme suit :

« 44° la désignation des chefs d'équipe dans les services à gestion séparée, conformément à l'article 7 du même arrêté;

45° le classement dans une échelle de traitement lors de l'engagement d'experts, conformément à l'article 9.3 du même arrêté. »

**Art. 5** - Dans l'article 17 du même arrêté, le montant « 5.000 euros » est remplacé par le montant « 10.000 euros ».

**Art. 6** - L'article 20 du même décret est complété par les § 7 et 8 rédigés comme suit :

« § 7 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer les subventions qui, dans le secteur de la formation populaire et de la formation des adultes, sont, le cas échéant, dues en exécution des prescriptions en la matière pour la participation à des formations continues.

§ 8 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer des subventions destinées au soutien à la formation. »

**Art. 7** - À l'article 21 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, les mots « sur les autorisations d'occupation et permis de travail » sont remplacés par les mots « tant sur la complétude des demandes d'autorisation d'occupation, de permis de travail et de permis unique que sur les demandes proprement dites »;

2° l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, dans le cadre de la loi du 19 février 1965 relative à l'exercice, par les étrangers, des activités professionnelles indépendantes, sur les demandes d'octroi, de prolongation ou de renouvellement, ainsi que sur le retrait de la carte de travail, à l'exception des possibilités de recours y prévues. »

**Art. 8** - À l'article 22 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé, le mot « Famille » est abrogé;

2° le § 1<sup>er</sup> est abrogé;

3° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Santé et Personnes âgées pour statuer sur les dérogations de diplôme prévues à l'article 7 du décret du 16 février 2009 concernant les services d'aide à domicile. »;

4° le § 3 est abrogé;

5° dans le § 4, les mots « , résidences pour seniors » sont insérés entre les mots « de soins pour personnes âgées » et « et aux maisons de soins psychiatriques »;

6° l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le renoncement à la récupération d'allocations payées indûment tel que mentionné à l'article 29 de l'arrêté royal du 22 mai 2003 relatif à la procédure concernant le traitement des dossiers en matière des allocations aux personnes handicapées. »

**Art. 9** - À l'article 25 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, 1°, les mots « ayant leur siège en dehors de la région de langue allemande » sont abrogés;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, 2°, les mots « , § 2, » sont insérés entre les mots « l'article 21 » et « du décret »;

3° dans le § 2, 1°, les mots « , alinéa 2, » sont insérés entre les mots « l'article 23 » et « de l'arrêté ».

**Art. 10** - À l'article 26 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'intitulé de l'article est remplacé par ce qui suit :

« Département Culture et Jeunesse »;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, les mots « Culture, Jeunesse et Formation » sont remplacés par les mots « Culture et Jeunesse », les mots « ainsi que pour des voyages à l'étranger des

associations d'art amateur classées et ensembles de musique de chambre classés » sont remplacés par les mots « ainsi que pour des déplacements relatifs à une prestation des associations d'art amateur en application des articles 52, 58, 64 et 71 du décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone » et les mots « en exécution des prescriptions en la matière » sont abrogés;

3° (concerne le texte allemand);

4° dans le § 3, les mots « en application des articles 13 et 14 du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse » sont insérés après les mots « camps de vacances »;

5° dans le § 4, les mots « dans le secteur de la formation populaire et de la formation des adultes ainsi que dans le secteur de la jeunesse » sont remplacés par les mots « dans le secteur de la jeunesse en application du chapitre 3 du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse » et les mots « en exécution des prescriptions en la matière » sont abrogés;

6° l'article est complété par les §§ 5 à 8 rédigés comme suit :

« § 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour, dans les limites du nombre fixé par le ministre compétent, statuer sur l'admissibilité aux subventions et sur les années de service admissibles des candidats proposés par les organisations, et ce en exécution de l'article 4 de l'arrêté du Gouvernement du 15 mars 2012 portant exécution du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse.

§ 6 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la complétude des demandes de permis de patrimoine en application de l'article 13, § 3, du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles.

§ 7 - Délégation est donnée au même chef de département pour l'inscription dans l'inventaire du petit patrimoine et des autres bâtiments significatifs en application de l'article 20, § 2, du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles.

§ 8 - Délégation est donnée au même chef de département pour l'autorisation de travaux modifiant des sites archéologiques inscrits dans l'atlas en application de l'article 25.1 du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles. »

**Art. 11** - Dans l'article 28 du même arrêté est inséré un § 1.1 rédigé comme suit :

« § 1.1 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le cas de force majeure, d'ordre pédagogique ou social, mentionné à l'article 9, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 3°, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire. »

**Art. 12** - L'article 29 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Article 29 - Département Famille et Affaires sociales

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Famille et Affaires sociales pour signer l'attestation destinée à l'administration fiscale en application de l'article 145/35, § 2, 3°, du Code des impôts sur le revenu de 1992 en vue de déduire les frais de garde pour les enfants de moins de 12 ans.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les dérogations de diplôme prévues aux articles 62, § 3, 88, § 5 et 7, 115, § 2, 157, 157.1 et 180, § 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la réduction de la participation aux frais prévue aux articles 84, 85, § 2 et 98 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer un subside supplémentaire pour l'accueil d'enfants handicapés ou nécessitant des soins particuliers tel que prévu aux articles 73, § 2, 93, § 1<sup>er</sup>, 107 et 119, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants et à l'article 31 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur une dérogation à la limite d'âge pour les gardiens telle que prévue à l'article 178, § 3, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants et à l'article 8, § 2, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes.

§ 6 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur une dérogation au nombre maximal de jours de garde dans les haltes-garderies telle que prévue à l'article 177, § 2, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants.

§ 7 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur une dérogation au nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément et pour dérogation au capital garde telles que prévues aux articles 19, § 2, 20, § 2 et 50, § 3, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes.

§ 8 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'agrément des accueillants autonomes mentionnés aux articles 34, § 1<sup>er</sup>, 38 et 53, § 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes.

§ 9 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer le montant de la dotation d'aide sociale calculé conformément à l'article 14, § 1<sup>er</sup>, du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone.

§ 10 - Le même chef de département est habilité, conformément aux articles 108, alinéa 2, et 112, alinéa 2, de la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'action sociale, à signer, au nom du Ministre compétent en matière de centres publics d'action sociale, la correspondance relative à la vérification des décisions, les demandes de dossiers et d'informations, ainsi que les lettres de rappel et d'accompagnement.

§ 11 - Délégation est donnée au même chef de département pour confirmer la conformité à la loi des décisions transmises en application de l'article 111bis de la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'action sociale dans le cadre de la liste récapitulative et des décisions demandées en application de l'article 112.

§ 12 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer le prêt mentionné à l'article 2.1 de l'arrêté du Gouvernement du 4 août 2005 relatif au Fonds pour l'apurement de dettes.

§ 13 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les dérogations de diplôme prévues à l'article 5, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subvention des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé. »

**Art. 13** - L'article 30 du même arrêté est abrogé.

**Art. 14** - À l'article 34 du même arrêté, les mots « , 101, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, 102, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, 108, 1<sup>o</sup>, 109, 1<sup>o</sup> » sont abrogés.

**Art. 15** - À l'article 37 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, est abrogé;

2<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, les mots « , g) et k) » sont remplacés par les mots « et g) »;

3<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, 4<sup>o</sup>, les mots « , l) et n) » sont remplacés par les mots « et l) »;

4<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, 5<sup>o</sup>, les mots « , g) et k) » sont remplacés par les mots « et g) »;

5<sup>o</sup> le § 1<sup>er</sup>, 12<sup>o</sup>, est complété par les mots « ainsi que leur préavis conformément à l'article 8, § 1<sup>er</sup>, du même arrêté; »;

6<sup>o</sup> le § 1<sup>er</sup> est complété par un 12.1 rédigé comme suit :

« 12.1 les congés mentionnés à l'article 5 du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003; »;

7<sup>o</sup> le § 4, 2<sup>o</sup>, est abrogé;

8<sup>o</sup> le § 4, 11<sup>o</sup>, est complété par les mots « ainsi que leur préavis conformément à l'article 8, § 1<sup>er</sup>, du même arrêté; »;

9<sup>o</sup> dans le § 4 est inséré un 14.1 rédigé comme suit :

« 14.1 l'autorisation mentionnée à l'article 5.48, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome; »

10<sup>o</sup> dans le § 4, 15<sup>o</sup>, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

11<sup>o</sup> le § 4 est complété par les 16<sup>o</sup> et 17<sup>o</sup> rédigés comme suit :

« 16<sup>o</sup> l'autorisation mentionnée à l'article 22, alinéa 6, du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire;

17<sup>o</sup> l'autorisation mentionnée à l'article 6.47, alinéa 2, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. »;

12<sup>o</sup> dans le § 5, 7<sup>o</sup>, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

13<sup>o</sup> le § 5 est complété par les 8<sup>o</sup> et 9<sup>o</sup> rédigés comme suit :

« 8<sup>o</sup> l'autorisation mentionnée à l'article 22, alinéa 6, du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire;

9<sup>o</sup> l'autorisation mentionnée à l'article 6.54 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. »

**Art. 16** - Dans l'article 43 du même arrêté, le montant « 25.000 » est remplacé par le montant « 30.000 euros ».

**Art. 17** - Dans l'article 44, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, le mot « douze » est remplacé par le mot « neuf ».

**Art. 18** - Dans l'article 44.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013, le montant « 50.000 euros » est remplacé par le montant « 30.000 euros ».

**Art. 19** - Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption, à l'exception de l'article 4, lequel produit ses effets le 1<sup>er</sup> janvier 2017.

**Art. 20** - Les Ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 21 février 2017.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président

O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

I. WEYKMANS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

A. ANTONIADIS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

H. MOLLERS

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2017/201470]

**21 FEBRUARI 2017. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 69, gewijzigd bij de bijzondere wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 51, gewijzigd bij de wetten van 16 juli 1993 en 6 januari 2014;

Gelet op het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 15 februari 2017;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel, Begroting en Financiën;

Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1** - In artikel 2, derde lid, van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap worden tussen het woord "departementshoofd" en het woord "bij" de woorden "of het hoofd van een dienst met afzonderlijk beheer vermeld in artikel 38" ingevoegd.

**Art. 2** - In hetzelfde besluit wordt een artikel 8.1 ingevoegd, luidende :

*"Artikel 8.1 - Dotaties die in de uitgavenbegroting bij naam genoemd worden*

Wat de vastleggingen van de uitgaven, de betaalbaarstelling van de uitgaven en de betalingsopdrachten overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 5, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt de secretaris-generaal aangewezen als gedelegeerde ordonnateur voor alle dotaties aan de diensten met afzonderlijk beheer en de instellingen van openbaar nut die in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap bij naam genoemd worden."

**Art. 3** - In artikel 9 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 27 juni 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in paragraaf 1, eerste lid, 3°, wordt het bedrag "5.000 euro" vervangen door het bedrag "10.000 euro";

2° in paragraaf 2, eerste lid, worden de woorden "een inkoper" vervangen door de woorden "een of meer inkopers";

3° in paragraaf 2, tweede lid, worden de woorden "De inkoper van het Ministerie wordt" vervangen door de woorden "De inkoper of inkopers van het Ministerie worden".

**Art. 4** - In artikel 13 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° er wordt een bepaling onder 27.1 ingevoegd, luidende :

"27.1 overeenkomstig artikel 136.2, tweede lid, van hetzelfde besluit beslissen over de aangepaste arbeidstijd naar aanleiding van ouderschapsverlof;"

2° in de bepaling onder 36° worden de woorden "eerste lid," opgeheven;

3° in de bepaling onder 37° worden de woorden "artikel 173" vervangen door de woorden "artikel 173, tweede lid,";

4° er wordt een bepaling onder 42.1 ingevoegd, luidende :

"42.1 de samenstelling van de examencommissie overeenkomstig artikel 2, § 2, tweede lid, van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut;"

5° in de bepaling onder 43° worden de woorden "van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut" vervangen door de woorden "van hetzelfde besluit";

6° het artikel wordt aangevuld met de bepalingen onder 44° en 45°, luidende :

"44° de teamleiders in de diensten met afzonderlijk beheer aanwijzen overeenkomstig artikel 7 van hetzelfde besluit;"

"45° de inschaling in een weddeschaal bij indienstneming van deskundigen overeenkomstig artikel 9.3 van hetzelfde besluit."

**Art. 5** - In artikel 17 van hetzelfde besluit wordt het bedrag "5.000 euro" vervangen door het bedrag "10.000 euro".

**Art. 6** - Artikel 20 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met de paragrafen 7 en 8, luidende :

"§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de subsidies voor de deelneming aan voortgezette opleidingen in de sector "volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen", in voorkomend geval ter uitvoering van de desbetreffende regelgeving."

§ 8 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van subsidies om het volgen van voortgezette opleidingen te stimuleren."

**Art. 7** - In artikel 21 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in paragraaf 2 worden de woorden "over de arbeidsvergunningen en arbeidskaarten te beslissen" vervangen door de woorden "zowel te beslissen over de vraag of de aanvragen van arbeidsvergunningen, arbeidskaarten en gecombineerde vergunningen volledig zijn als over de aanvragen zelf";

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende :

"§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, in het kader van de wet van 19 februari 1965 betreffende de uitoefening van de zelfstandige beroepsactiviteiten der vreemdelingen, te beslissen over aanvragen tot verkrijging, verlenging of vernieuwing van de beroepskaart, alsook over de intrekking van de beroepskaart, met uitzondering van de daar bepaalde mogelijkheden om beroep in te stellen."



**Art. 8** - In artikel 22 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het opschrift wordt het woord „ Gezin” geschrapt;

2° paragraaf 1 wordt opgeheven;

3° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt :

„ § 2 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Gezondheid en Bejaarden wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen inzake diploma bepaald in artikel 7 van het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten.”

4° paragraaf 3 wordt opgeheven;

5° in paragraaf 4 worden tussen de woorden „verzorgingsstructuren voor bejaarden” en de woorden „en de psychiatrische verzorgingstehuizen” de woorden „, de seniorenresidenties” ingevoegd;

6° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 5, luidende :

„ § 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de mogelijkheid om af te zien van de terugvordering van tegemoetkomingen die ten onrechte uitbetaald werden, vermeld in artikel 29 van het koninklijk besluit van 22 mei 2003 betreffende de procedure voor de behandeling van de dossiers inzake tegemoetkomingen aan personen met een handicap.”

**Art. 9** - In artikel 25 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in paragraaf 1, 1°, worden de woorden „ die hun zetel buiten het Duitse taalgebied hebben” opgeheven;

2° in paragraaf 1, 2°, worden tussen de woorden „artikel 21” en de woorden „van het decreet” de woorden „, § 2,” ingevoegd;

3° in paragraaf 2, 1°, worden tussen de woorden „artikel 23” en de woorden „van het besluit” de woorden „, tweede lid,” ingevoegd.

**Art. 10** - In artikel 26 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het opschrift van het artikel wordt vervangen als volgt :

„Departement Cultuur en Jeugd”

2° in paragraaf 1 worden de woorden „Cultuur, Jeugd en Vormingswerk voor Volwassenen” vervangen door de woorden „Cultuur en Jeugd” en worden de woorden „en reizen in het buitenland van de geklasseerde verenigingen voor amateurkunst en kamermuziekensembles en die verschuldigd zijn in het kader van de regelgeving terzake” vervangen door de woorden „en ritten voor optredens van de verenigingen voor amateurkunst ter uitvoering van de artikelen 52, 58, 64 en 71 van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap”;

3° in paragraaf 2 worden de woorden „met toepassing van het besluit van de Executieve van 6 juli 1992 tot uitvoering van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers” vervangen door de woorden „ter uitvoering van artikel 2 van het besluit van de Executieve van 6 juli 1992 tot uitvoering van het decreet houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers”;

4° in paragraaf 3 worden na het woord „vakantiekampen” de woorden „ter uitvoering van de artikelen 13 en 14 van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk” ingevoegd;

5° in paragraaf 4 worden de woorden „in de sector „volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen” en in de sector „jeugd” die verschuldigd zijn in het kader van de regelgeving terzake” vervangen door de woorden „in de sector Jeugd ter uitvoering van hoofdstuk 3 van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk”;

6° het artikel wordt aangevuld met de paragrafen 5 tot 8, luidende :

„ § 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, binnen de perken van het door de bevoegde minister vastgelegd aantal, te beslissen over de subsidiëerbaarheid en de aanneembare dienstjaren van de door de organisaties voorgestelde personeelsleden, ter uitvoering van artikel 4 van het besluit van de Regering van 15 maart 2012 tot uitvoering van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de volledigheid van aanvragen van een erfgoedvergunning ter uitvoering van artikel 13, § 3, van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen.

§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de inschrijving in de inventaris van het klein erfgoed en van de andere relevante gebouwen, ter uitvoering van artikel 20, § 2, van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen.

§ 8 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de vergunning van veranderingswerken op archeologische vindplaatsen opgenomen in de inventaris van de archeologische vindplaatsen, ter uitvoering van artikel 25.1 van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen.”

**Art. 11** - Artikel 28 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een paragraaf 1.1, luidende :

„ § 1.1 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de overmacht van pedagogische of sociale aard vermeld in artikel 9, § 1, tweede lid, 3°, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs.”

**Art. 12** - Artikel 29 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

„Artikel 29 - Departement Gezin en Sociale Aangelegenheden

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Gezin en Sociale Aangelegenheden wordt gemachtigd om met toepassing van artikel 145/35, tweede lid, 3°, van het Wetboek van de Inkomstenbelastingen 1992 het attest m.b.t. de afrekbaarheid van de uitgaven voor de opvang van kinderen van minder dan 12 jaar te ondertekenen.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen inzake diploma bepaald in artikel 62, § 3, artikel 88, § 5 en 7, artikel 115, § 2, artikel 157, artikel 157.1 en artikel 180, § 1, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de vermindering van de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding bepaald in artikel 84, artikel 85, § 2, en artikel 98 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van een aanvullende subsidie voor de opvang van kinderen met een beperking of met bijzondere zorgbehoeften bepaald in artikel 73, § 2, artikel 93, § 1, artikel 107 en artikel 119 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang en in artikel 31 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over een afwijking van de bovenste levensgrens voor de in de kinderopvang werkzame personen bepaald in artikel 178, § 3, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang en in artikel 8, § 2, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over een afwijking van het maximale aantal opvangdagen in de initiatieven voor occasionele kinderopvang bepaald in artikel 177, § 2, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang.

§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over een afwijking om het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen uit te breiden en om het opvangkapitaal uit te breiden bepaald in artikel 19, § 2, artikel 20, § 2, en artikel 50, § 3, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders.

§ 8 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de erkenning als zelfstandige onthaalouders bedoeld in artikel 34, § 1, artikel 38 en artikel 53, § 1, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders.

§ 9 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van het bedrag van de dotatie voor sociale zorg berekend overeenkomstig artikel 14, § 1, van het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap.

§ 10 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 108, tweede lid, en artikel 112, tweede lid, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn de briefwisseling over de toetsing van beslissingen, dossieraanvragen, aanvragen om inlichtingen, aanmaningen en begeleidingsbrieven te ondertekenen namens de minister die bevoegd is voor de openbare centra voor maatschappelijk welzijn.

§ 11 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te bevestigen of de beslissingen die in het kader van de overzichtslijst met toepassing van artikel 111bis van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn worden overgezonden en de beslissingen die met toepassing van artikel 112 worden aangevraagd in overeenstemming zijn met de wet.

§ 12 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de lening vermeld in artikel 2.1 van het besluit van de Regering van 4 augustus 2005 betreffende het Fonds voor afbetaling van schulden.

§ 13 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen inzake diploma die worden toegestaan in het kader van artikel 5, tweede lid, van het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid".

**Art. 13** - Artikel 30 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

**Art. 14** - In artikel 34, § 1, van hetzelfde besluit worden de woorden "artikel 101, eerste lid, 1°, artikel 102, eerste lid, 1°, artikel 108, 1°, artikel 109, 1°," opgeheven.

**Art. 15** - In artikel 37 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1, 1°, wordt opgeheven;

2° in § 1, 2°, worden de woorden ", g) en k)" vervangen door de woorden "en g)";

3° in § 1, 4°, worden de woorden ", l) en n)" vervangen door de woorden "en l)";

4° in § 1, 5°, worden de woorden ", g) en k)" vervangen door de woorden "en g)";

5° § 1, 12°, wordt aangevuld met de woorden "alsook de stopzetting ervan overeenkomstig artikel 8, § 1, van hetzelfde besluit";

6° in § 1 wordt een bepaling 12.1 ingevoegd, luidende :

"12.1 het verlof vermeld in artikel 5 van het decreet van 30 juni 2003 houdende maatregelen inzake onderwijs - 2003,"

7° § 4, 2°, wordt opgeheven;

8° § 4, 11°, wordt aangevuld met de woorden "alsook de stopzetting ervan overeenkomstig artikel 8, § 1, van hetzelfde besluit";

9° in § 4 wordt een bepaling 14.1 ingevoegd, luidende :

"14.1 de goedkeuring vermeld in artikel 5.48, § 1, tweede lid, van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool;"

10° in § 4, 15°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

11° § 4 wordt aangevuld met bepalingen onder 16° en 17°, luidende :

"16° de goedkeuring vermeld in artikel 22, zesde lid, van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie en het adviespunt voor schoolontwikkeling;

17° de goedkeuring vermeld in artikel 6.47, tweede lid, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren."

12° in § 5, 7°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

13° § 5 wordt aangevuld met bepalingen onder 8° en 9°, luidende :

"8° de goedkeuring vermeld in artikel 22, zesde lid, van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie en het adviespunt voor schoolontwikkeling;

9° de goedkeuring vermeld in artikel 6.54 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren."

**Art. 16** - In artikel 43 van hetzelfde besluit wordt het bedrag "25.000 euro" vervangen door het bedrag "30.000 euro".

**Art. 17** - In artikel 44, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt het woord "twaalf" vervangen door het woord "negen".

**Art. 18** - In artikel 44.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 27 juni 2013, wordt het bedrag "50.000 euro" vervangen door het bedrag "30.000 euro".

**Art. 19** - Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen, met uitzondering van artikel 3, dat uitwerking heeft met ingang van 1 januari 2017.

**Art. 20** - De ministers zijn, ieder wat hem of haar betreft, belast met de uitvoering van dit besluit. Eupen, 21 februari 2017.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
De Minister-President  
O. PAASCH

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme  
I. WEYKMANS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden  
A. ANTONIADIS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek  
H. MOLLERS

## REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

### SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2017/201453]

#### 2 FEVRIER 2017. — Décret relatif au contrat d'insertion (1)

Le Parlement wallon a adopté et Nous, Gouvernement wallon, sanctionnons ce qui suit :

##### CHAPITRE I<sup>er</sup>. — Dispositions générales

**Article 1<sup>er</sup>.** Pour l'application du présent décret et de ses arrêtés d'exécution, l'on entend par :

1° le FOREm : l'Office wallon de la Formation professionnelle et de l'Emploi;

2° l'ONEm : l'Office national de l'Emploi;

3° l'activation d'allocations de travail : l'activation d'allocations visée à l'article 6, § 1<sup>er</sup>, IX, 7<sup>o</sup>, b), de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles;

4° le demandeur d'emploi inoccupé : la personne inscrite comme demandeur d'emploi auprès du FOREm et se trouvant dans une période d'inoccupation;

5° la période d'inoccupation : la période prenant cours à l'inscription du demandeur d'emploi auprès du FOREm, pendant laquelle le demandeur d'emploi ne se trouve ni dans les liens d'un contrat de travail, ni dans une relation statutaire et n'exerce aucune activité d'indépendant à titre principal;

6° le jeune demandeur d'emploi : le demandeur d'emploi inoccupé qui n'a pas atteint l'âge de 25 ans;

7° l'entrée en service : le jour où le travailleur débute l'exécution du contrat de travail;

8° expérience professionnelle : l'expérience acquise dans le cadre d'un contrat de travail, d'une relation statutaire ou d'une activité d'indépendant, à l'exception de celle qui est acquise lors de périodes d'occupation assimilées par le Gouvernement à la période d'inoccupation en exécution de l'alinéa 2, 2<sup>o</sup>;

9° le contrat d'insertion : le contrat de travail à temps plein, conclu pour une durée indéterminée ou pour une durée déterminée de 12 mois au moins, par lequel un jeune demandeur d'emploi inoccupé depuis au moins dix-huit mois acquière une première expérience professionnelle et peut bénéficier d'un accompagnement coordonné par le FOREm.

Le Gouvernement arrête :

1° les qualités assimilées à la qualité de demandeur d'emploi inoccupé au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 4<sup>o</sup>;

2° les périodes d'occupation assimilées à la période d'inoccupation, au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 5<sup>o</sup>.

##### CHAPITRE II. — Aide à l'engagement de demandeurs d'emploi

###### Section 1. — Champ d'application

**Art. 2.** Les dispositions du présent chapitre ne s'appliquent pas au demandeur d'emploi engagé par :

1° une institution d'enseignement universitaire en tant que membre du personnel académique et scientifique;

2° une autre institution d'enseignement en tant que membre du personnel enseignant;

3° l'Etat fédéral, y compris le Pouvoir judiciaire, le Conseil d'Etat, l'armée et la police fédérale;

4° une Communauté ou une Région, à l'exception d'un établissement d'enseignement pour un travailleur qui n'est pas visé aux 1<sup>o</sup> et 2<sup>o</sup>;

5° la Commission communautaire flamande, la Commission communautaire française et la Commission communautaire commune;

6° un organisme d'intérêt public ou une institution publique qui est sous l'autorité des entités visées aux 3<sup>o</sup>, 4<sup>o</sup> ou 5<sup>o</sup>, à l'exception d'une institution publique de crédit, d'une entreprise publique autonome, d'une société publique de transport de personnes, d'une institution publique pour le personnel qu'elle engage en tant qu'intérimaire pour le mettre à la disposition d'utilisateurs en vue de l'exécution d'un travail temporaire, conformément à la loi du 24 juillet 1987 sur le travail temporaire, le travail intérimaire et la mise de travailleurs à la disposition d'utilisateurs, et d'un établissement d'enseignement pour un travailleur qui n'est pas visé aux 1<sup>o</sup> et 2<sup>o</sup>.